

21./VI. 1916

**Anträge zur Lebensmittelversorgung in München.
Gegen „Überflutung“ der bayerischen Sommerfrischen.**

München, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Ein Nachspiel zu den Krawallen in München gab es heute im Magistrat München, wo von der sozialdemokratischen Fraktion nicht weniger als neun und von den beiden liberalen Fraktionen nicht weniger als acht Lebensmittelanträge gestellt wurden.

Die Sozialdemokraten verlangten u. a. Ausbau der öffentlichen Speiseanstalten, Nebenstellen der Freibank, bessere Milch und Fettversorgung, ferner auch Mittel, daß Bayern nicht durch nichtbayerische Sommerfrischer überflutet und so die Lebensmittelversorgung in Frage gestellt wird. Jedenfalls müsse durch die betreffenden Bundesstaaten oder durch das Reich der durch die Sommerfrischer entstandene Ausfall durch Zuweisungen ersetzt werden. Der Antrag 9 der Sozialdemokraten befaßt sich mit dem Geschäftsverkehr zwischen der Zentraleinkaufsgesellschaft Berlin, der bayerischen Lebensmittelversorgungsstelle und dem Kommunalverband München. Ähnliche Anträge stellten auch die liberalen Fraktionen, die ebenfalls die Verhältnisse zwischen der Zentraleinkaufsgesellschaft und der bayerischen Versorgungsstelle kritisch beleuchteten. In der Aussprache betonte zuerst der Bürgermeister Dr. Wert, daß die Forderung nach Selbständigmachung Münchens vom Minister des Innern als berechtigt anerkannt worden sei und in Aussicht stehe, daß München auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung wieder die früheren Zustände bekommt. Was die Zentraleinkaufsgesellschaft anbelangt, so sei da ein sehr ernstes Wort am Platze. Der sozialdemokratische Magistratsrat Schmid betonte, die Ursache, daß nach München von Berlin aus nichts überwiesen werde, sei wohl die, daß heute noch kein Vertrag zwischen der Zentraleinkaufsgesellschaft und der bayerischen Versorgungsstelle bestehe. Die Hauptschuld an den vorgekommenen Ereignissen trage die bayerische Regierung mit ihrer verfehlten Organisation der Lebensmittelversorgung.

Nach eingehendster Aussprache wurden die sämtlichen Anträge dem Lebensmittelausschuß zur Behandlung überwiesen.